

Antisemitische Vorfälle in Thüringen 2022

Ein Bericht der Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus (RIAS) Thüringen

Impressum

Herausgeber

Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstraße 12
10115 Berlin

Autorinnen

Susanne Zielinski, Lisa Jacobs

Konzept und Redaktion

Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus (RIAS) Thüringen

Lektorat

Susanne Haldrich

Gestaltung

gegenfeuer.net

Bildnachweis

Die Bildrechte verbleiben bei RIAS
Thüringen.

S. 6 & S. 56 Michael Sander;

S. 36: Kira Ayyadi;

S. 40f., 43: Stiftung Gedenkstätten
Buchenwald und Mittelbau-Dora

Titelseite

Beth ist der zweite Buchstabe im
hebräischen Alphabet. Die Verwendung
dieses Buchstabens in der grafischen
Gestaltung der Titelseite soll anzeigen,
dass es sich bei der vorliegenden
Publikation um den zweiten Jahresbe-
richt von RIAS Thüringen handelt.

Trägerschaft RIAS Thüringen ist ein
Projekt des Instituts für Demokratie
und Zivilgesellschaft in Trägerschaft
der Amadeu Antonio Stiftung.



Förderung

RIAS Thüringen wird gefördert durch



4	Vorwort
6	Zum Geleit
8	Über RIAS Thüringen
10	Begrifflicher Rahmen und Kategorien
18	Datengrundlage
20	Antisemitische Vorfälle in Thüringen 2022
32	Analysen
33	» Post-Shoah-Antisemitismus in Thüringen
45	» Moderner Antisemitismus im Kontext der Krisenmobilisierung
58	Kontakte und Angebote

Vorwort

Seit nunmehr zweieinhalb Jahren dokumentiert die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Thüringen antisemitische Vorfälle im Freistaat. Die Fälle, die uns gemeldet werden, nehmen kontinuierlich zu. Dies ist einerseits ein Zeichen dafür, dass wir das Meldernetzwerk in Thüringen Stück für Stück ausbauen konnten. RIAS wird in der Thüringer Zivilgesellschaft bekannter und mehr Menschen melden uns ihre Erlebnisse und Beobachtungen. Das ist ein kleiner, positiver Schritt in der Bekämpfung des Antisemitismus. Andererseits zeigt sich hieran auch, dass Antisemitismus weiterhin virulent ist. Wenn man die gemeldeten Vorfälle genauer betrachtet, liegt die Vermutung nahe, dass es sich nicht um Einzelereignisse handelt. Vielmehr gibt es mit hoher Wahrscheinlichkeit viele weitere Fälle ähnlicher Art, die bislang nicht gemeldet werden: Weil sie zu alltäglich scheinen mögen, weil sie sich zu häufig wiederholen, weil sich Gewohnheit eingestellt hat oder weil die Bedeutung der Meldung unterschätzt wird. Rechtsextreme Lieder werden eben nicht nur einmal gesungen, Demonstrationsplakate mit antisemitischen Verschwörungstheorien werden auch dort getragen, wo keine Gegendemonstrant*innen mehr stehen, und die Bezeichnung „Jude“ wird so häufig als Schimpfwort verwendet, dass es an so mancher Schule schon alltäglich anmuten mag.

Nach wie vor ist also von einer enormen Dunkelziffer auszugehen. Dass Jüdinnen*Juden tagtäglich – auch in Thüringen – Anfeindungen und Bedrohungen ausgesetzt sind, ist unsäglich und darf eben nicht als normal oder alltäglich hingenommen werden. Daher ist die wichtigste Aufgabe für RIAS Thüringen, dieses Dunkelfeld stetig zu erhellen und Antisemitismus sichtbar zu machen, um ein Problembewusstsein zu schaffen und zum Handeln anzuregen.

Der zweite RIAS-Jahresbericht ist ein Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel. Die hier dokumentierten Vorfälle werfen ein Schlaglicht auf verschiedene Problemfelder im Freistaat.

So dominierten im Jahr 2022 vor allem antisemitische Vorfälle, die im Zusammenhang mit der Krisenmobilisierung standen. Egal ob Covid-19-Pandemie, russischer Angriffskrieg gegen die Ukraine oder Energiekrise – die dokumentierten Vorfälle zeigen, dass gesellschaftliche und politische Probleme jeder Art typischerweise mit Antisemitismus verknüpft werden. Vor allem antisemitische Verschwörungserzählungen haben im Kontext der Krisen eine erschreckende Hochkonjunktur, die mit dem Abflauen der Covid-19-Pandemie nicht ab-, sondern zugenommen hat. In diesem Zusammenhang stehen auch die zahlreichen Massenzuschriften, die in besonders hoher Zahl verschiedene Institutionen und Einzelpersonen aus Zivilgesellschaft und Politik erreichten.

Spezifisch für das Bundesland Thüringen ist die enorm hohe Zahl an Fällen von Post-Shoah-Antisemitismus, die im Vergleich mit anderen Bundesländern deutlich hervorsteicht. Ihren traurigen Höhepunkt erreichte diese Form des Antisemitismus mit der Serie von Anschlägen auf die Gedenkbäume der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora. Einen Baum zu fällen, der der Erinnerung an 1.600 ermordete Kinder und Jugendliche gewidmet ist, ist ein eindeutiges Signal. Bei den Anschlägen auf die Gedenkbäume handelte sich um Provokationen, die deutschlandweit Erschütterung hervorriefen. Doch auch Vorfälle, die weniger mediale Aufmerksamkeit erlangten, machen betroffen. Vor allem dass AfD-Abgeordnete sich in ihren Reden im Thüringer Landtag mitunter antisemitisch äußern, sollte auch die Letzten von uns wachrütteln: Antisemitismus ist eine Bedrohung des jüdischen Lebens, aber er ist auch eine Gefahr für die Demokratie, in der wir alle leben.

Sich gegen Antisemitismus einzusetzen, heißt sich für die Demokratie einzusetzen und für eine pluralistische Gesellschaft stark zu machen. Hierfür müssen wir alle aktiv werden – heute mehr denn je.



Susanne Zielinski

Leiterin der Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Thüringen

Zum Geleit





Die Jüdische Landesgemeinde Thüringen bedankt sich bei den Gründern und Aktivisten der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Thüringen. Seit ihrer Gründung in Thüringen im Jahre 2021 schätzen wir das zunehmende Engagement und die wachsenden Erfahrungen. Der vorliegende Jahresbericht 2022 verdeutlicht die gewonnene Kompetenz.

Während noch vor wenigen Jahren das Wissen über die Shoah der ausschließliche Schwerpunkt der Erinnerungspolitik unserer Landesgemeinde war, steht spätestens seit dem Themenjahr „Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen“ die Vermittlung von Wissen über jüdische Leistungen in Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft in Thüringen im Zentrum. Es wurde zum wirksamen Mittel gegen Antisemitismus.

Und doch beweist der vorliegende RIAS-Jahresbericht 2022, dass es noch viel zu tun gibt, um in Thüringen den alten und neuen Antisemitismus weiter zurückzudrängen. Konkrete Beispiele zeigen, wie der Antisemitismus leider noch zur jüdischen Lebensrealität gehört.

Es ist sehr verdienstvoll, dass die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Thüringen antisemitische Vorfälle erfasst und wissenschaftlich analysiert. Das wird zunehmend ermöglichen, den antisemitischen Erscheinungen mit methodischer Kompetenz vorzubeugen.

Die Thüringer Bürger, aber insbesondere unsere Lehrer und Politiker werden dieses methodische Wissen nutzen. Bei den jüdischen Bürgern wird die Solidarität der Demokraten ihr Gefühl der Sicherheit stärken.

Prof. Dr. Reinhard Schramm
Vorsitzender der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen



Neue Synagoge,
am Max-Cars-Platz



Über RIAS Thüringen



Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Thüringen erfasst antisemitische Vorfälle in Thüringen und unterstützt von Antisemitismus Betroffene. Ziel ist es, Antisemitismus im Freistaat wissenschaftlich zu dokumentieren, darüber zu informieren und die Perspektiven der Betroffenen zu stärken. RIAS Thüringen will damit einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, das Dunkelfeld antisemitischer Vorfälle, das noch immer sehr groß ist, Schritt für Schritt zu erhellen.

RIAS Thüringen ist Teil der Bundesarbeitsgemeinschaft des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) e.V. Dies gewährleistet die Sicherstellung einer bundeseinheitlichen zivilgesellschaftlichen Erfassung und Dokumentation antisemitischer Vorfälle. Grundlage für die Arbeit der Meldestelle sind die Kriterien und Definitionen der vom Bundesverband entwickelten Qualitätsstandards, an deren kontinuierlicher Weiterentwicklung sich RIAS Thüringen im Rahmen der Bundesarbeitsgemeinschaft beteiligt.

2021 hat RIAS Thüringen begonnen, antisemitische Vorfälle im Bundesland Thüringen systematisch zu erfassen.

Meldungen werden dabei niedrigschwellig aufgenommen. Im Gegensatz zu anderen Erhebungen werden Vorfälle unabhängig von ihrer strafrechtlichen Relevanz erfasst – also auch dann, wenn keine Straftat vorliegt oder die Meldenden keine Anzeige erstatten möchten. Das ist deswegen besonders wichtig, weil Antisemitismus sich immer wieder in alltäglichen Situationen zeigt und daher viel zu häufig nicht ernst genommen wird. Er beginnt in kleinen Witzen, beiläufigen Bemerkungen und Schmierereien, kann sich aber auch in körperlichen Angriffen, Bedrohungen, Sachbeschädigungen, Hasskommentaren und E-Mails sowie Propagandamaterial wie Hetzschriften, Flugblättern, Plakaten oder Aufklebern manifestieren. Die Erfassung möglichst vieler antisemitischer Vorfälle ist der Anspruch von RIAS Thüringen. Auf diese Weise können Erkenntnisse über das Ausmaß und die Formen von Antisemitismus in Thüringen gewonnen werden, auf deren Basis schließlich Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus entwickelt werden können. Zentraler Bestandteil der Arbeit von RIAS Thüringen ist daher der Aufbau und die Pflege eines thüringenweiten Meldernetzwerks, das in enger Zusammenarbeit mit jüdischen und nicht-jüdischen Organisationen entsteht.

RIAS Thüringen steht parteiisch an der Seite der Betroffenen, ihrer Angehörigen und der Zeug*innen und orientiert sich an ihren Wahrnehmungen und Bedürfnissen. Wenn gewünscht, können diverse Beratungsangebote für Betroffene von Antisemitismus vermittelt werden. Das Anliegen der Meldestelle ist es, Betroffenen von Antisemitismus eine Stimme zu geben und ihre Erfahrungen sichtbar zu machen. Dabei hat Vertraulichkeit oberste Priorität: Die Meldenden bleiben anonym und entscheiden selbst, wie mit ihrer Meldung umgegangen wird.

Begrifflicher Rahmen und Kategorien



Antisemitische Vorfälle, die RIAS Thüringen gemeldet werden, durchlaufen grundsätzlich ein Verifizierungsverfahren. Bei diesem stehen die Mitarbeiter*innen der Meldestelle im Austausch mit den Meldenden und erfassen die gemeldeten Vorfälle systematisiert in einer Datenbank. Diese Verfahrensweise ermöglicht es, Aussagen über die Formen, das Auftreten und die Entwicklung von Antisemitismus in Thüringen zu treffen. Dabei werden nicht nur Straftaten berücksichtigt, sondern auch Vorfälle, die Polizei und Justiz als nicht strafrelevant einstufen. Nachfolgend werden der begriffliche Rahmen und die Definitionen vorgestellt, auf deren Grundlage RIAS die gemeldeten Vorfälle erfasst. Dadurch sollen den Leser*innen die daran anknüpfenden Analysen nachvollziehbarer gemacht werden.

Als inhaltlicher Referenzrahmen für die Kategorisierung antisemitischer Vorfälle dient die von der Bundesregierung empfohlene „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Um israelbezogenen Antisemitismus von nicht-antisemitischer Kritik an israelischer Politik abzugrenzen, orientiert sich RIAS Thüringen zusätzlich an der von Natan Sharansky vorgeschlagenen Trias Dämonisierung, Delegitimierung und doppelten Standards.

RIAS Thüringen ordnet die gemeldeten Vorfälle verschiedenen Kategorien zu. Als Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. steht RIAS Thüringen im kontinuierlichen Austausch hinsichtlich der Weiterentwicklung und Anwendung dieser Kategorien.

Vorfalltypen

Als **extreme Gewalt** gelten physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen.

Als **Angriffe** werden Vorfälle betrachtet, bei denen Personen körperlich angegriffen werden, ohne dass dies lebensbedrohliche oder schwerwiegende körperliche Schädigungen nach sich zieht. In diese Kategorie fällt auch der bloße Versuch eines physischen Angriffs.

Unter einer **gezielten Sachbeschädigung** wird die Beschädigung oder das Beschmieren jüdischen Eigentums mit antisemitischen Symbolen, Plakaten oder Aufklebern verstanden. Dazu zählen auch die Beschädigung oder Beschmutzung von Erinnerungszeichen und -orten, also z.B. von Gedenkstätten, Gedenktafeln, Stolpersteinen, aber auch von Geschäftsstellen entsprechender Institutionen.

Als **Bedrohung** gilt jegliche eindeutige und direkt an eine Person oder Institution adressierte schriftliche oder mündliche Androhung von Gewalt.

Als **verletzendes Verhalten** werden sämtliche antisemitischen Äußerungen gegenüber jüdischen oder israelischen Personen oder Institutionen gefasst, aber auch antisemitische Beschimpfungen oder Kommentare gegenüber anderen Personen und Institutionen. Dies gilt auch für antisemitische Aussagen, die online getätigt oder verbreitet werden, sofern diese sich direkt gegen eine konkrete Person oder Institution wenden. Als verletzendes Verhalten gelten auch Beschädigungen oder das Beschmieren nicht-jüdischen Eigentums durch antisemitische Symbole, Plakate, Aufkleber etc.

Als **Massenzuschrift** schließlich werden antisemitische Zuschriften erfasst, die sich an einen größeren Kreis von Personen richten – in den meisten Fällen passiert dies online.

Darüber hinaus gehört zu den Tätigkeiten von RIAS Thüringen das proaktive Monitoring von Versammlungen mit antisemitischer und israelfeindlicher Ausrichtung. Hierzu zählen Beobachtungen vor Ort, Hintergrundanalysen sowie sich daraus ergebende Bewertungen. In diesem Zusammenhang beobachtet RIAS Thüringen jedes Jahr zahlreiche Versammlungen. Werden dabei in Reden, Parolen, auf mitgeführten Transparenten oder in Aufrufen antisemitische Inhalte festgestellt, wird die gesamte Versammlung als ein antisemitischer Vorfall des Typs verletzendes Verhalten registriert. Kommt es bei oder am Rand einer solchen Versammlung außerdem zu antisemitisch konnotierten Angriffen oder Bedrohungen, werden diese jeweils zusätzlich als eigenständige antisemitische Vorfälle registriert.

Betroffene

RIAS Thüringen unterscheidet bei Betroffenen antisemitischer Vorfälle zwischen Einzelpersonen und Institutionen.

Neben Jüdinnen*Juden und Israelis können von Antisemitismus auch Einzelpersonen betroffen sein, die als jüdisch wahrgenommen oder adressiert werden, sowie alle anderen Personen, beispielsweise Journalist*innen oder Politiker*innen. Von einem antisemitischen Vorfall können mehrere Einzelpersonen gleichzeitig betroffen sein.

Bei betroffenen Institutionen kann es sich einerseits um religiöse und weltliche jüdische Körperschaften und Vereine sowie um israelische Einrichtungen handeln. Andererseits können aber auch nicht-jüdische zivilgesellschaftliche Organisationen, Parteien, Medien oder Bildungseinrichtungen sowie andere als jüdisch wahrgenommene oder adressierte Institutionen von antisemitischen Vorfällen betroffen sein. Von antisemitischen Vorfällen betroffene Institutionen zählen pro Vorfall als ein*e Betroffene*r, bei Individuen erfasst RIAS Thüringen dagegen die genaue Anzahl betroffener Personen. Es gibt zudem zahlreiche Vorfälle, denen RIAS Thüringen keine direkten Betroffenen zuweisen kann: Das ist etwa bei antisemitischen Schmierereien, Aufklebern und Plakaten im öffentlichen Raum und bei Versammlungen mit antisemitischen Inhalten der Fall.

Erscheinungsformen von Antisemitismus

Inhaltlich unterscheidet RIAS Thüringen bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle fünf verschiedene Erscheinungsformen von Antisemitismus:

Im **antisemitischen Othering** werden Jüdinnen*Juden als fremd oder nicht dazugehörig zur jeweiligen Mehrheitsgesellschaft beschrieben. Das ist beispielsweise der Fall, wenn jüdische oder nicht-jüdische Institutionen oder Personen als „Jude“ beschimpft oder als jüdisch markiert werden.

Im **antijudaistischen Antisemitismus** werden religiös begründete Stereotype verbreitet, etwa der Vorwurf, Jüdinnen*Juden seien für den Tod Jesu verantwortlich.

Wird Jüdinnen*Juden eine besondere politische oder ökonomische Macht zugeschrieben, etwa im Rahmen von Verschwörungsmymen, so wird dies dem **modernen Antisemitismus** zugerechnet.

Post-Schoah-Antisemitismus bezieht sich auf den Umgang mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen, beispielsweise wenn die Erinnerung an die NS-Verbrechen abgelehnt wird oder NS-Verbrechen bagatellisiert werden.

Israelbezogener Antisemitismus liegt vor, wenn sich antisemitische Aussagen gegen den jüdischen Staat Israel richten, etwa indem diesem die Legitimität abgesprochen wird.

In der Praxis lässt sich ein antisemitischer Vorfall mitunter mehreren Erscheinungsformen zuordnen. Aufgrund dieser Mehrfachzuordnungen ist die Anzahl der festgestellten Erscheinungsformen teilweise höher als die Zahl der antisemitischen Vorfälle.

politisch-weltanschaulicher Hintergrund

RIAS Thüringen klassifiziert – soweit möglich – den politisch-weltanschaulichen Hintergrund der Verantwortlichen für antisemitische Vorfälle. Diese Einordnung erfolgt nur, wenn sich die verantwortlichen Personen oder Organisationen aus ihrer Selbstbezeichnung bzw. aus den verwendeten Stereotypen heraus eindeutig einem konkreten, politisch-weltanschaulichen Spektrum zuordnen lassen. In vielen Fällen lässt jedoch die Informationslage keine eindeutige Klassifizierung zu.

Bei der Einordnung unterscheidet RIAS Thüringen sieben politisch-weltanschauliche Hintergründe. Dabei ist pro Vorfall nur eine Zuordnung möglich.

Als **rechtsextrem/rechtspopulistisch** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit dem rechtsextremen oder dem rechtspopulistischen Spektrum verbunden sind. Dabei steht der Begriff Rechtsextremismus zusammenfassend für antimoderne, antidemokratische, antipluralistische und gegen die Menschenrechte gerichtete Einstellungen, Handlungen und Strömungen. Gemeinsames Kennzeichen verschiedener rechtsextremer Ideologien sind die Vorstellungen von der Ungleichwertigkeit verschiedener Menschen(-gruppen), das Streben nach ethnisch homogenen Gemeinschaften („Völkern“) und die Unterordnung des Individuums unter die Gemeinschaft.

Rechtspopulismus hingegen ist ein Sammelbegriff für abgemilderte und modernisierte Varianten des Rechtsextremismus. Im Gegensatz zu Rechtsextremismus bedient sich der Rechtspopulismus nicht biologistischer, sondern kulturell-religiöser und wirtschaftlicher Argumentationen für seine Vorstellungen von menschlicher Ungleichwertigkeit.

Der Rechtspopulismus fordert außerdem im Unterschied zum Rechtsextremismus nicht die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie, sondern trachtet nach deren autoritärer Umformung und Aushöhlung. Darüber hinaus bezeichnet der Begriff Rechtspopulismus eine spezifische Form der politischen Kommunikation und Mobilisierung, die eine scharfe Abgrenzung zu (vermeintlichen) politischen Eliten fordert, sich gleichzeitig aber zumindest formal von rechtsextremen Positionen und Akteur*innen abgrenzt.

Als **links/antiimperialistisch** werden antisemitische Vorfälle klassifiziert, wenn das Vertreten linker Werte oder die Selbstverortung der Personen oder Gruppen in einer linken Tradition steht – mit einer binären Weltsicht und einer häufig befreiungsnationalistischen Imperialismus-Kritik.

Unter **christlich/christlicher Fundamentalismus** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einer positiven Bezugnahme auf christliche Glaubensinhalte oder Symboliken verbunden sind (darunter auch fundamentalistische Spielarten des Christentums) und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert.

Als **islamisch/islamistisch** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einer positiven Bezugnahme auf islamische Glaubensinhalte oder Symboliken unterschiedlicher Islamverständnisse, darunter auch islamistische, verbunden sind und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert.

Einem **verschwörungsideologischen** Milieu werden Gruppen oder Personen zugeordnet, bei denen die Verbreitung antisemitischer Verschwörungsmymen im Vordergrund steht. Diese Personen können im herkömmlichen politischen Spektrum teilweise nicht eindeutig verortet werden.

Auch für den **israelfeindlichen Aktivismus** gilt, dass die Akteure*innen mitunter nicht eindeutig politisch zugeordnet werden können: Hier steht die israelfeindliche Motivation der verantwortlichen Personen bzw. Gruppen im Vordergrund, während die politische Positionierung im linken, rechten oder islamistischen Milieu nachrangig ist. Zum israelfeindlichen Aktivismus zählen unter anderem säkulare palästinensische Gruppen sowie Aktivist*innen, die antisemitische Boykottkampagnen gegen den jüdischen Staat Israel unterstützen.

Als der **politischen Mitte** zugehörig werden Akteur*innen klassifiziert, die im Sinne der RIAS-Kategorien keinem der zuvor genannten politisch-weltanschaulichen Hintergründe zugeordnet werden können und die zugleich für sich beanspruchen, demokratische Positionen zu vertreten.



Datengrundlage



Ein großer Teil der hier analysierten Vorfälle wurde RIAS Thüringen direkt über die mehrsprachige Meldeseite www.report-antisemitism.de mitgeteilt. Zivilgesellschaftliche, jüdische und als jüdisch wahrgenommene Organisationen mit Sitz in Thüringen werden regelmäßig zu antisemitischen Anfeindungen befragt oder melden diese direkt an RIAS Thüringen.

Zahlreiche Vorfälle wurden außerdem auf Basis des projekt-eigenen Monitorings von Presse und Veranstaltungen erfasst. Des Weiteren fließen in diesen Bericht Erhebungen und Beobachtungen von zivilgesellschaftlichen Projekten und Vereinen ein, die in den Bereichen Beratung bei Antisemitismus und Prävention von Antisemitismus tätig sind: etwa die Mobile Beratung in Thüringen (MOBIT e.V.), ezra – die Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen, die Beratungs- und Interventionsstelle für Betroffene von Antisemitismus OFEK e.V. und andere.

RIAS Thüringen geht weiterhin von einem hohen
Dunkelfeld nicht gemeldeter und nicht dokumentierter
antisemitischer Vorfälle aus.



Antisemitische Vorfälle in Thüringen 2022



Zusammenfassung

Für das Jahr 2022 dokumentierte RIAS Thüringen 243 antisemitische Vorfälle im gesamten Bundesland. Damit hat sich die Zahl der Vorfälle im Vergleich zu 212 Fällen im Jahr 2021 leicht erhöht. Eine signifikante Rolle spielte auch in diesem Jahr Antisemitismus, der im Kontext der Proteste gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie geäußert wurde. Seit der militärischen Offensive Russlands gegen die Ukraine im Februar 2022 wurde allerdings auch eine erhebliche Anzahl antisemitischer Vorfälle im Kontext des gesellschaftlichen Diskurses zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine dokumentiert. Bei 181 der 243 Vorfälle handelt es sich um Massenzuschriften in Form von E-Mails an verschiedene zivilgesellschaftliche und politische Institutionen, die inhaltlich fast alle einen Bezug zur Covid-19-Pandemie und zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine aufweisen.

Deutlich gestiegen ist sowohl die Anzahl der Vorfälle von Post-Shoah-Antisemitismus als auch die von modernem Antisemitismus: Mit 212 Vorfällen machte Post-Shoah-Antisemitismus 87 % des 2022 thüringenweit gemeldeten Antisemitismus aus (2021 waren es noch 75 %). Dicht gefolgt von modernem Antisemitismus, der in 206 Fällen, also 85 % der gemeldeten Vorfälle, festgestellt wurde. Im Vergleich zum Vorjahr, in dem der moderne Antisemitismus noch 40% des von RIAS dokumentierten Antisemitismus ausmachte, hat sich die Häufigkeit dieser Erscheinungsform also mehr als verdoppelt. Beide Erscheinungsformen hatten in der überwiegenden Zahl der Fälle Bezüge zur Covid-19-Pandemie und zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine.

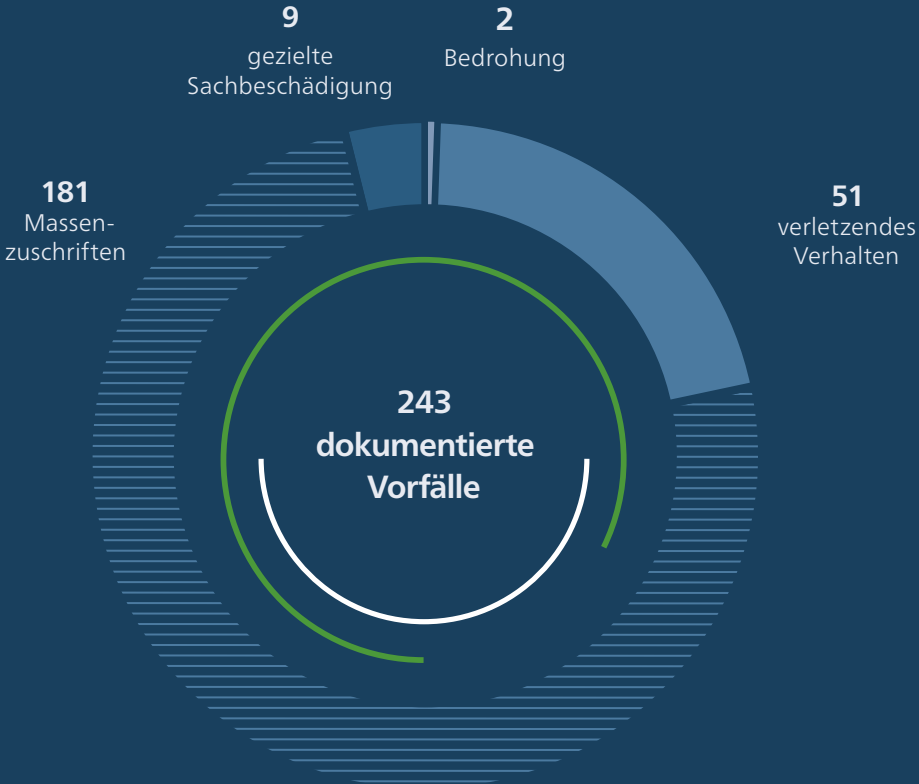
Die dokumentierten Tatorte waren zumeist das Internet und die Straße: 184 Vorfälle ereigneten sich im Internet, während 35 auf der Straße geschahen.

Betroffene waren überwiegend Institutionen und Einzelpersonen aus der Zivilgesellschaft (insgesamt 184 Vorfälle). Gedenkstätten und -initiativen waren 11 Mal betroffen. Dabei fallen die von den Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora gemeldeten Vorfälle zum Teil durch ihr Ausmaß besonders ins Gewicht. Ihnen wird sich eine Analyse gesondert widmen.

In der Kategorie des politisch-weltanschaulichen Hintergrunds dominiert das verschwörungsideologische Spektrum, dem 193 Vorfälle eindeutig zugeordnet werden konnten. Nach wie vor bleibt hier aber eine große Anzahl an Fällen, deren politisch-weltanschaulicher Hintergrund nicht eindeutig festgestellt werden kann.

Insgesamt stieg die Zahl der Vorfälle um rund 15%, sodass RIAS Thüringen im Schnitt alle 1,5 Tage eine Vorfalldmeldung über Antisemitismus im Bundesland erreichte.

Vorfallarten





Unter den 243 dokumentierten Vorfällen im Jahr 2022 waren 2 Bedrohungen, die sich beide gegen Jüdinnen*Juden richteten. Vorfälle von Angriffen und extremer Gewalt wurden in diesem Zeitraum nicht an RIAS Thüringen gemeldet.

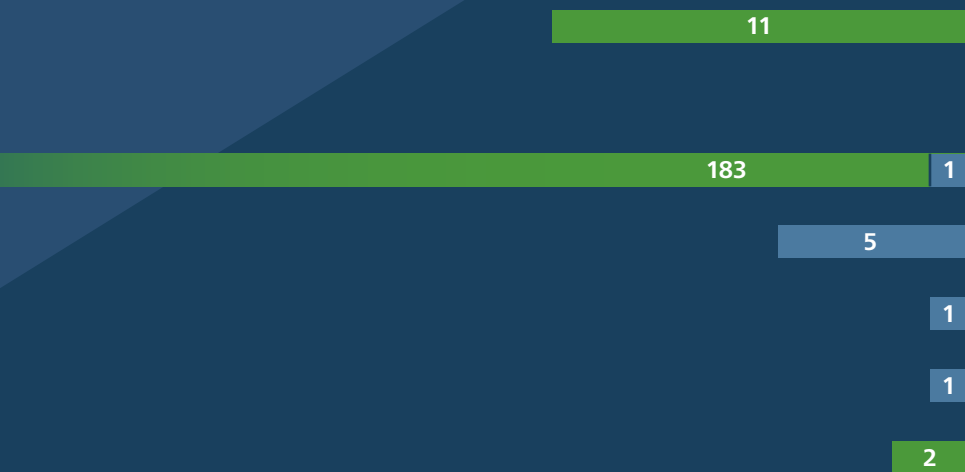
51 Fälle fielen unter die Kategorie verletzendes Verhalten. Zu dieser Vorkategorie zählen sämtliche antisemitische Äußerungen gegenüber jüdischen, israelischen oder anderen Personen und Institutionen. 23 Fälle von verletzendem Verhalten wurden im Zuge von Versammlungen dokumentiert, 28 in sonstigen Kontexten, etwa Schmierereien im öffentlichen Raum, antisemitische E-Mails oder antisemitische Äußerungen von Angesicht zu Angesicht. 3 Vorfälle, die unter verletzendes Verhalten fallen, wurden auf dem Gelände der Gedenkstätte Buchenwald dokumentiert, beispielsweise eine E-Mail, in der die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie mit der Shoah gleichgesetzt wurden.

Gezielte Sachbeschädigungen wurden 8 Mal gemeldet und richteten sich in 7 Fällen gegen Gedenkstätten/-orte, darunter eine Serie von Anschlägen gegen die Gedenkbäume der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora.

Beim Großteil der dokumentierten Vorfälle handelt es sich um Massenzuschriften an Mitarbeitende zivilgesellschaftlicher und politischer Institutionen sowie weitere Einzelpersonen. Als Massenzuschrift gilt eine E-Mail, sobald mehr als drei Empfänger*innen erkennbar sind. Die Zuschriften wurden teilweise mehrmals täglich verschickt und hatten fast alle einen Bezug zur Covid-19-Pandemie und seit Februar 2022 auch einen Bezug zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Darüber hinaus wiesen alle E-Mails Verschränkungen zum Rassismus auf und beinhalteten Verschwörungsideologien.

Insgesamt wurde bei 203 der 243 gemeldeten antisemitischen Vorfälle ein inhaltlicher Zusammenhang zur Covid-19-Pandemie und bei 124 Fällen eine Bezugnahme auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine festgestellt, wobei es hier meist zu Überschneidungen kam.

Betroffene





Nur 8 der gemeldeten Fälle betrafen Einzelpersonen, während von 196 der dokumentierten Vorfälle Institutionen betroffen waren. Bei zwei dieser Institutionen handelte es sich um jüdische, in 184 Fällen waren es zivilgesellschaftliche Institutionen und 10 Mal waren Gedenkstätten bzw. -initiativen betroffen.

Von den 8 gegen Einzelpersonen gerichteten Vorfällen waren in 5 Vorfällen Jüdinnen*Juden betroffen. 1 Mal wurde eine Einzelperson als Jüdin*Jude adressiert, ohne dass sie selbst jüdisch war.

In weiteren 5 Fällen richtete sich der Antisemitismus gegen nicht-jüdische Einzelpersonen.

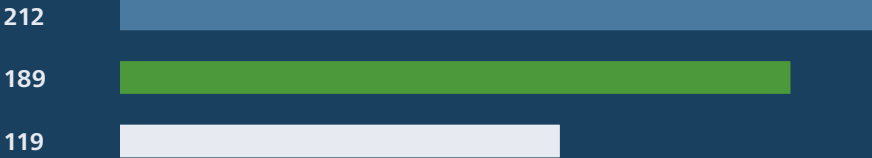
Bei 40 Vorfällen gab es keine direkten Betroffenen.

_____	11	_____	Gedenkstätten/-initiativen
_____	0	_____	Politik und Parteien
_____	184	_____	Zivilgesellschaft
_____	5	_____	jüdische Einzelpersonen
_____	1	_____	sonstige nicht-jüdische Einzelpersonen
_____	1	_____	adressiert als Jüdin*Jude
_____	2	_____	jüdische Institutionen

Erscheinungsformen

Mehrfache Zuordnungen
sind möglich.

Post-Shoah-Antisemitismus



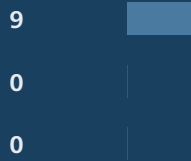
moderner Antisemitismus



israelbezogener Antisemitismus



antisemitisches Othering



Antijudaismus





Jeder dokumentierte Vorfall wird einer oder mehreren Erscheinungsformen des Antisemitismus zugeordnet. Die mit Abstand am häufigsten dokumentierte Erscheinungsform in Thüringen ist der Post-Shoah-Antisemitismus mit 87 % der Vorfälle. Darunter fallen etwa die Verharmlosung oder Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen sowie Formen der NS-Verherrlichung und Angriffe auf die Erinnerungskultur. Besonders im Kontext der Krisenmobilisierung, wo immer wieder auch die Covid-19-Pandemie wie auch der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine thematisiert wurden, kam es regelmäßig zu Äußerungen, die dem Post-Shoah-Antisemitismus zugeordnet werden. In 189 Fällen wurde ein Bezug zur Covid-19-Pandemie und in 119 Fällen ein inhaltlicher Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine festgestellt. Gerade hier kam es in der überwiegenden Anzahl der Fälle zu einer Überschneidung mit antisemitischen Verschwörungserzählungen, die dem modernen Antisemitismus zugerechnet werden.

In 206 Fällen wurde moderner Antisemitismus – also der Glaube an eine besondere politische und ökonomische Macht von Jüdinnen*Juden – dokumentiert. Dabei wiesen davon 183 Fälle einen inhaltlichen Bezug zur Covid-19-Pandemie und 122 Fälle einen inhaltlichen Bezug zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine auf.

Im Gegensatz zu den hohen Vorfallzahlen im Bereich Post-Shoah-Antisemitismus und modernem Antisemitismus wurden lediglich 3 Vorfälle registriert, in denen in antisemitischer Weise Bezug auf den Staat Israel genommen wurde.

Im antisemitischen Othering werden Jüdinnen*Juden als fremd oder nicht dazugehörig beschrieben. Dies wurde für 9 Vorfälle dokumentiert.

4 gemeldete Fälle von Antisemitismus wurden dem Antijudaismus, also dem religiös begründeten Judenhass, zugeordnet.

Tatorte





Die meisten gemeldeten antisemitischen Vorfälle fanden auch im Jahr 2022 im Internet statt. In diese Kategorie fallen 184 Vorfälle.

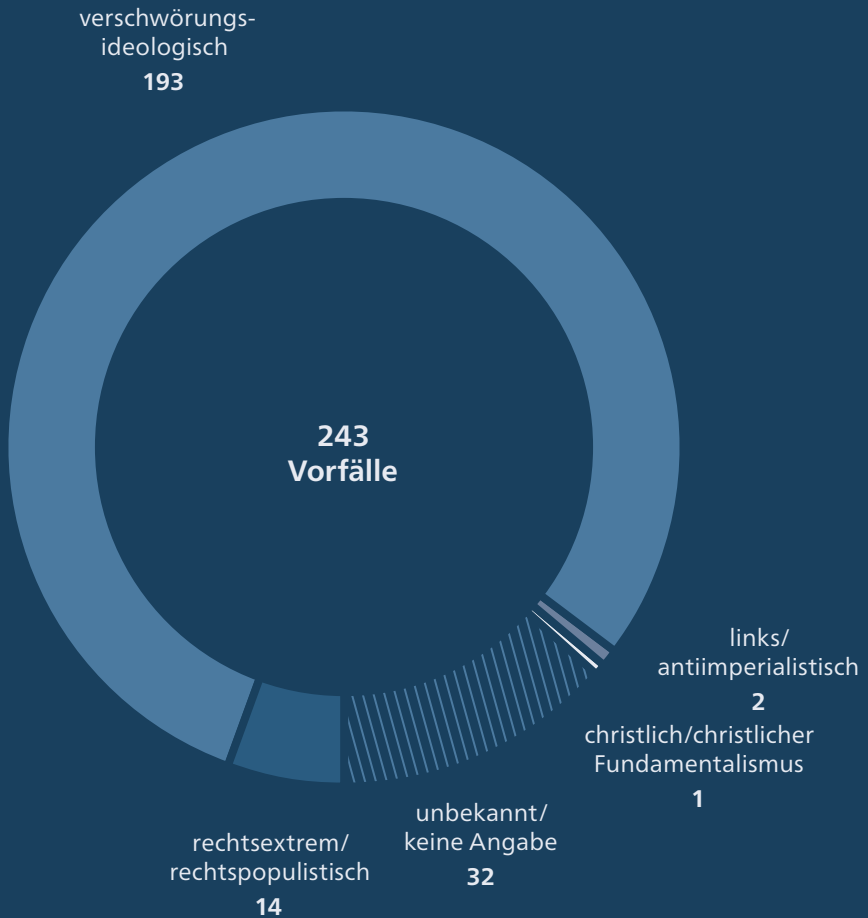
Außerhalb des Internets erfolgte ein Großteil des gemeldeten Antisemitismus im öffentlichen Raum. 35 Mal ereigneten sich hier Fälle von Antisemitismus auf der Straße. Auch an weiteren öffentlichen Orten, wie öffentlichen Gebäuden, Gewerben oder dem öffentlichen Personennahverkehr, wurden 9 Vorfälle dokumentiert.

Zwei Vorfälle wurden im privaten Wohnumfeld verzeichnet. Und auch an Bildungseinrichtungen wurden 2 antisemitische Fälle dokumentiert. Gedenkort und Stolpersteine waren hingegen in 10 Fällen Tatorte.

Antisemitismus wiegt im Wohnumfeld oder beispielsweise im öffentlichen Personennahverkehr besonders schwer, weil diese Orte nicht oder kaum gemieden werden können und die Vorfälle daher auf die Betroffenen eine besonders negative Wirkung entfalten.

Insgesamt zeigt sich: Viele Meldungen kamen aus den Städten Erfurt, Jena und Weimar. Die Konzentration von Vorfällen in diesen Städten ist vermutlich unter anderem damit zu erklären, dass dort das jüdische und politische Leben stärker ausgeprägt ist und entsprechend bessere Meldestrukturen vorherrschen. Daneben finden sich gerade in Weimar und Erfurt bedeutende Gedenkstätten und Erinnerungsorte, die Bekanntheit über Thüringen hinaus haben und in deren Umfeld es entsprechend häufiger zu antisemitischen Vorfällen kommt. Grundsätzlich deutet diese örtliche Konzentration von Vorfallmeldungen eher auf ein ungenügend ausgebautes Meldernetzwerk außerhalb der Thüringer Ballungsräume hin als darauf, dass Antisemitismus in anderen Regionen des Freistaats nicht auftreten würde.

politisch-weltanschaulicher Hintergrund





193 der dokumentierten Vorfälle (79%) hatten einen verschwörungsideologischen Hintergrund. Damit ist die Bedeutung dieses Weltbildes für den Antisemitismus in Thüringen gegenüber dem Vorjahr deutlich in den Vordergrund getreten. Zu gängigen Verschwörungsnarrativen rund um die Covid-19-Pandemie kamen auch solche, die den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine betreffen, etwa hinsichtlich der jüdischen Identität des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj.

Dass eine so hohe Anzahl von Vorfällen einem verschwörungsideologischen Hintergrund zugeordnet werden konnte – im Gegensatz zu anderen Kategorien des politisch-weltanschaulichen Hintergrunds –, ist auch damit zu erklären, dass die Verbindung zu dieser Ideologie vor allem bei den Massenzuschriften dokumentiert wurde. Die Verfasser*innen von Massenzuschriften offenbaren zumeist in sehr langen Texten ein umfassendes verschwörungsideologisches Weltbild, das diese Zuordnung vereinfacht.

In 14 Fällen (5%) wurde ein rechtsextremer oder rechtspopulistischer Hintergrund dokumentiert. Dazu zählen auch Vorfälle, die der sogenannten Reichsbürger-Ideologie zuzuordnen sind. Dass in dieser Kategorie eine nur so geringe Anzahl an Zuordnungen stattgefunden hat, hängt auch damit zusammen, dass antisemitische Vorfälle, die einen rechtsextremen Hintergrund vermuten lassen, sich in den meisten Fällen ohne Zeug*innen des Tathergangs ereignen (etwa im Fall von gezielter Sachbeschädigung). Aus diesem Grund können die Täter*innen meist nicht ermittelt werden und es kann entsprechend keine sichere Aussage über deren weltanschaulichen Hintergrund bzw. ihre Tatmotivation getroffen werden.

2 Vorfälle ließen auf einen links-antiimperialistischen Kontext und 1 auf einen christlich-religiösen Hintergrund schließen.

Analysen antisemitischer Vorfälle





Schwerpunkt: Post-Shoah-Antisemitismus in Thüringen

Beim Blick auf die Zahlen gemeldeter antisemitischer Vorfälle im Jahr 2022 fällt schnell auf, dass die von RIAS in Thüringen am häufigsten registrierte antisemitische Erscheinungsform wie schon im Jahr zuvor der Post-Shoah-Antisemitismus ist.

War der Post-Shoah-Antisemitismus 2021 mit 75 % der gemeldeten Vorfälle bereits die häufigste Erscheinungsform, konnte nun sogar eine Steigerung beobachtet werden: Mit 212 der insgesamt 243 gemeldeten Fälle machte der Post-Shoah-Antisemitismus 2022 etwa 87 % aller Vorfälle an RIAS Thüringen aus. Damit sticht Thüringen mit einem derartig hohen Anteil an registriertem Post-Shoah-Antisemitismus im Vergleich mit anderen Bundesländern deutlich hervor. Der Anteil dieser Ausprägung von Antisemitismus lag beispielsweise im Nachbarland Bayern im gleichen Jahr bei 35,5%.¹

Dass in Thüringen eine Form des Antisemitismus dominiert, die besonders stark in Verbindung mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Weltanschauungen steht, ist nicht überraschend. Im Vergleich zu anderen deutschen Bundesländern ist der Rechtsextremismus in Thüringen besonders präsent. Rechtsextreme Strukturen und Gruppierungen erstarkten hier, wie auch in anderen Regionen der DDR, bereits in den 1980er-Jahren.² Derartige Aktivitäten waren u. a. möglich, weil der Staat sie aufgrund seines eigenen ideologischen Selbstverständnisses offiziell leugnete. Nach Zusammenbruch der DDR organisierte und radikalisierte sich diese Szene. Unterstützt wurde sie dabei durch rechtsextreme Gruppierungen aus Westdeutschland.³

-
- 1 Vgl. Verein für Aufklärung und Demokratie e.V.; Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (Hg.): Antisemitische Vorfälle in Bayern 2022, München 2023, S. 20.
 - 2 Vgl. Ebenau, Michael: Jena vor dem NSU. Rechtsextremismus bis 1990 in Jena und Ostthüringen. IDZ-Forschungsbericht, Jena 2023.
 - 3 Vgl. Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen e.V. (Hg.): Problembeschreibung. Antisemitismus in Thüringen, S. 67 ff.

Die in dieser Zeit entstandenen rechtsextremen Strukturen wirken in Thüringen bis heute fort und beeinflussen die politische Kultur des Bundeslandes. Post-Shoah-Antisemitismus geht allerdings nicht nur von der neonazistischen Szene aus, sondern auch von „bürgerlichen“ Milieus und tritt auf politischer Ebene zutage, beispielsweise durch die AfD Thüringen mit ihrem rechtsextremen Landes- und Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke. Geschichtsrevisionismus und Schuldabwehr-Antisemitismus werden in diesen Kontexten verbreitet und legitimiert. Exemplarisch dafür steht eine Vorfalldmeldung vom 2. Februar 2022, die sich auf die Rede eines AfD-Landtagsabgeordneten im Thüringer Landtag bezieht. In dieser wurden die NS-Massenverbrechen mit der Corona-Schutzimpfung gleichgesetzt. Das ist als Verharmlosung der Shoah zu bewerten (siehe dazu Analyse: Schwerpunkt moderner Antisemitismus im Kontext der aktuellen Krisenmobilisierung, S.55).

In diesem historischen und aktuellen Kontext sind die gemeldeten Vorfälle von Post-Shoah-Antisemitismus zu sehen. Dabei ist davon auszugehen, dass die Dunkelziffer weitaus höher ausfällt. Im Folgenden werden nur einige der zahlreichen Beispiele von gemeldeten Vorfällen aus dem Bereich Post-Shoah-Antisemitismus geschildert, um das Spektrum dieser Form von Antisemitismus in Thüringen zu verdeutlichen. Die Shoah wird dabei wechselnd verherrlicht, geleugnet oder verharmlost.

Die Verharmlosung der Shoah zeigte sich 2022 erneut am deutlichsten in Vorfällen, die im Kontext der Covid-19-Pandemie stattfanden. Dabei handelte es sich zumeist um mehr oder minder explizite Gleichsetzungen der staatlichen Schutzmaßnahmen bzw. der Situation von ungeimpften Personen mit der Verfolgung und systematischen Ermordung von Jüdinnen*Juden während der NS-Zeit. In dieser Weise stilisierten sich Pandemie-leugner*innen und Impfgegner*innen zu Opfern eines imaginierten totalitären Staates.⁴ Indem das Leid der Jüdinnen*Juden

4 Vgl. Schwarz-Friesel, Monika: *Toxische Sprache und geistige Gewalt. Wie judenfeindliche Denk- und Gefühlsmuster seit Jahrhunderten unsere Kommunikation prägen*, Tübingen 2022, S. 167.

massiv verharmlost und die eigene Situation während der Pandemie übermäßig dramatisiert wird, ist an diesen Vorfällen auch eine Schuldabwehr zu erkennen. Sie zeigt sich dadurch, dass die Unvergleichbarkeit der Shoah immer wieder infrage gestellt wird.

Schmalkalden, 11. Januar 2022

An der Bushaltestelle „Hinter der Stadt“ wird der Schaukasten mit den Worten „Die Ungeimpften werden behandelt [sic!] wie die Juden bei Hitler“ überschrieben vorgefunden. Daneben befinden sich zwei Sticker der AfD mit den Aufdrucken „Mut zu Deutschland“ und „Ändern Sie nicht Ihre Meinung| Ändern Sie die Politik!“ Es gibt keine Information darüber, ob Schmiererei und Sticker von derselben Person stammen.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, Post-Shoah-Antisemitismus



Saalfeld, 22. Januar 2022

Bei einer Kundgebung für mehr Solidarität in der Covid-19-Pandemie ist eine Frau anwesend, die einen Aufnäher in Form eines sogenannten „Judensterns“ mit der Aufschrift „Ungeimpft“ trägt. Der „Judenstern“ war eine 1941 durch das NS-Regime eingeführte Zwangskennzeichnung von Jüdinnen*Juden. Dieses sichtbare Stigma vereinfachte unter anderem Übergriffe auf Jüdinnen*Juden und letztlich deren Deportation. Die betreffende Frau wird wegen Volksverhetzung angezeigt.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, Post-Shoah-Antisemitismus

Rudolstadt, 22. Februar 2022

Bei einer öffentlichen Diskussion der Bürgermeister*innen von Rudolstadt, Saalfeld und Bad Blankenburg mit regionalen Akteur*innen der Proteste gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie äußert eine Person: „Das Dritte Reich hat genauso angefangen mit der Diskriminierung, die man jetzt mit den 19 Millionen Ungeimpften gemacht hat. Genauso. Diese Diskriminierung ist dasselbe System.“

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, Post-Shoah-Antisemitismus



Schuldabwehr oder Erinnerungsabwehr zeigte sich darüber hinaus wiederholt in Angriffen auf das Gedenken an ermordete Jüdinnen*Juden. So kommt es beispielsweise immer wieder zu Unkenntlichmachungen und Beschädigungen von Stolpersteinen, die in ihrer Gesamtheit als das größte dezentrale Mahnmal der Welt gelten. Die Beschädigung von Stolpersteinen ist eine verbreitete Form von Angriffen auf die deutsche Erinnerungskultur. Die Opfer der Shoah werden durch solche Vorfälle erneut gedemütigt.

Weimar, 22. März 2022

In der Schillerstraße in Weimar werden drei Stolpersteine mit grauer Farbe beschmiert aufgefunden, sodass die Inschrift nicht mehr zu erkennen ist. Dieselben Stolpersteine waren bereits im vergangenen Jahr beschädigt worden.

Kategorisierung: Sachbeschädigung, Post-Shoah-Antisemitismus

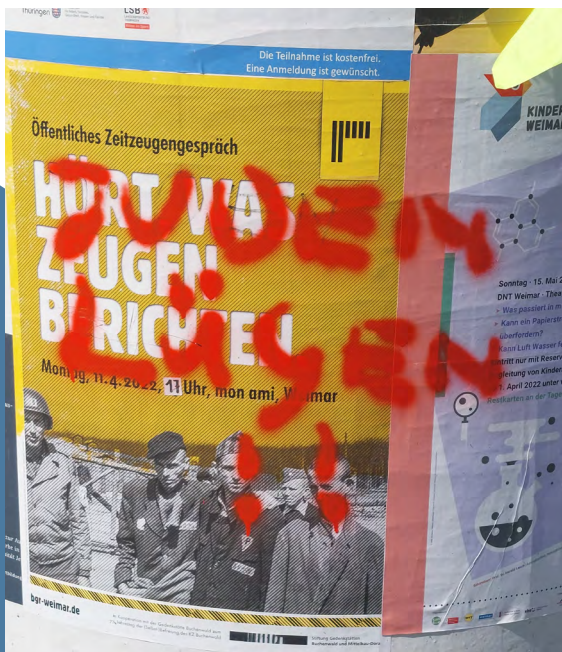


Weimar, 17. April 2022

An einer Litfaßsäule auf dem Jorge-Semprún-Platz gegenüber dem Neuen Museum Weimar wird ein Plakat beschmiert aufgefunden. Das Plakat wirbt für das öffentliche Zeitzeug*innen-gespräch zu den NS-Massenverbrechen („Hört was Zeugen berichten“). Das Plakat ist in roter Schrift mit den Worten „JUDEN LÜGEN!!“ überschrieben.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, Post-Shoah-Antisemitismus

Bei letzterem Vorfall wird auch eine Überschneidung von antisemitischen Ausdrucksformen deutlich: Die jahrhundertealte Unterstellung, dass „Juden lügen“ würden, wird mit der Leugnung der Shoah verschränkt, indem Shoah-Überlebende des Lügens beschuldigt werden. Die hier betriebene Täter-Opfer-Umkehr steht ganz in der Tradition des Geschichtsrevisionismus. Geschichtsrevisionismus ist essenzieller Bestandteil rechtsextremer Ideologien. In diesem weltanschaulichen Kontext sind sowohl die Leugnung der Shoah als auch das Gegenteil, ihre Verherrlichung, weit verbreitet. So paradox diese Kombination klingen mag, erfüllen beide Vorstellungen doch grundlegende



Funktionen im rechtsextremen Weltbild: Während die Leugnung der Shoah den verbrecherischen Charakter des NS-Regimes banalisiert und Jüdinnen*Juden als Lügner*innen ganz in der Tradition alter antisemitischer Stereotype diffamiert, findet der Hass auf Jüdinnen*Juden in der Verherrlichung der Shoah einen überdeutlichen Ausdruck. Häufig nehmen Sprecher*innen in der Öffentlichkeit allerdings lediglich positiven Bezug auf bekannte Geschichtsrevisionsist*innen bzw. Shoahleugner*innen, um eigene Äußerungen zu vermeiden, die in Deutschland strafbar sind.

Gera, 26. März 2022

Am städtischen Hauptbahnhof findet eine Kundgebung der neonazistischen Kleinstpartei „Neue Stärke Partei“ mit ca. 80 Teilnehmer*innen statt. Es werden zwei Reden gehalten. In der ersten Rede wird Deutschland als „Schein-Demokratie“ bezeichnet. Zudem wird geäußert, dass in den deutschen Geschichtsbüchern ein „Schuldskult“ stattfindet und „systemkonforme Lügen“ über den Zweiten Weltkrieg verbreitet würden. Der zweite Redebeitrag lobt die verurteilte Shoah-Leugnerin Ursula Haverbeck und nennt sie ein „Vorbild“. Die Kundgebung wird von der Polizei aufgelöst, weil die Teilnehmer*innen sich nicht an das Vermummungsverbot halten.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, Post-Shoah-Antisemitismus

Erfurt, 2. September 2022

Am Tag eines Konzerts der umstrittenen Band „Böhse Onkelz“ steigt eine Gruppe von erkennbaren Fans der Band in eine Straßenbahn ein und wird dort von Fahrgästen darauf angesprochen, dass sie keine Corona-Schutzmasken tragen. Daraufhin beginnt die Gruppe das in Deutschland indizierte „U-Bahn-Lied“ zu singen – ein Lied der Rechtsrockband Landser mit dem Text: „Eine U-Bahn, eine U-Bahn bauen wir, von Jerusalem bis nach Auschwitz, eine U-Bahn bauen wir!“. Als die Gruppe daraufhin von den Fahrgästen ermahnt wird, beschimpft sie diese und steigt aus der Straßenbahn aus.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, Post-Shoah-Antisemitismus

Antisemitische Angriffe auf Thüringer Gedenkstätten

Post-Shoah-Antisemitismus in Form von Angriffen auf die Erinnerungskultur wird in Thüringen häufig gemeldet. Dabei sind die Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora als zwei Orte von überregionaler und zentraler Bedeutung für die deutsche Erinnerungskultur besonders oft von derartigen Angriffen betroffen. Nachdem in den 1990er-Jahren immer wieder über schwere Vorfälle – ausgehend von rechtsextremen Täter*innen – an den Gedenkstätten berichtet wurde, verzeichneten diese Erinnerungsorte in den letzten Jahren vor allem niedrigschwellige Vorfälle wie Schmierereien, antisemitische Parolen usw. Nun kam es 2022 zu einer Serie schwerer Sachbeschädigungen, die in ihrer Tragweite an Vorfälle aus den 1990er-Jahren erinnern.

Weimar, 20. Juli 2022

Nahe der Gedenkstätte Buchenwald werden sieben Bäume des Gedenkprojekts „1000 Buchen“ abgesägt und abgebrochen aufgefunden. Das Projekt erinnert an die sogenannten Todesmärsche aus Buchenwald und die Opfer des NS-Euthanasie-Programms. Die Bäume waren 1.600 Kindern und Jugendlichen gewidmet, die in Buchenwald ermordet wurden, sowie den in Buchenwald inhaftierten Kommunisten Emil Carlebach, Otto Kipp, Erich Loch, Reinhold Lochmann, August Stötzel und dem französischen Unternehmer Marcel Dassault. Weiterhin wurde auf einem Wegweiser der Gedenkstätte Buchenwald der Hinweis auf die Aschegräber zerkratzt.

Kategorien: gezielte Sachbeschädigung, Post-Shoah-Antisemitismus





Weimar,
20. Juli 2022



Weimar,
20. Juli 2022



Nordhausen,
7. August 2022

Weimar, 23. Juli 2022

In Weimar-Schöndorf und am Poseckschen Garten werden mehrere zerstörte Gedenkbäume aufgefunden. Auch diese Bäume sind Teil des Gedenkprojekts „1000 Buchen“.

Kategorien: gezielte Sachbeschädigung, Post-Shoah-Antisemitismus

Nordhausen, 7. August 2022

An der Frauenberger Stiege im Gedenkhain der Gedenkstätte Mittelbau-Dora wird eine abgesägte Birke entdeckt, die an den französischen Zwangsarbeiter und Überlebenden Maurice Cadinot erinnert. Der Baum gehört zu 53 Birken, die 2011 gepflanzt wurden, um an die im Konzentrationslager internierten Menschen zu erinnern. An jedem Baum gibt es eine Gedenktafel mit Informationen zu den jeweiligen Gefangenen, denen die Birken gewidmet sind.

Kategorie: gezielte Sachbeschädigung, Post-Shoah-Antisemitismus (6)

Ilmtal-Weinstraße, 13. November 2022

Am Ilmtal-Radweg zwischen Kromsdorf und Oßmannstedt wird ein beschädigter Gedenkbaum entdeckt. Der Baum gehört zum Projekt „1000 Buchen“.

Kategorie: gezielte Sachbeschädigung, Post-Shoah-Antisemitismus

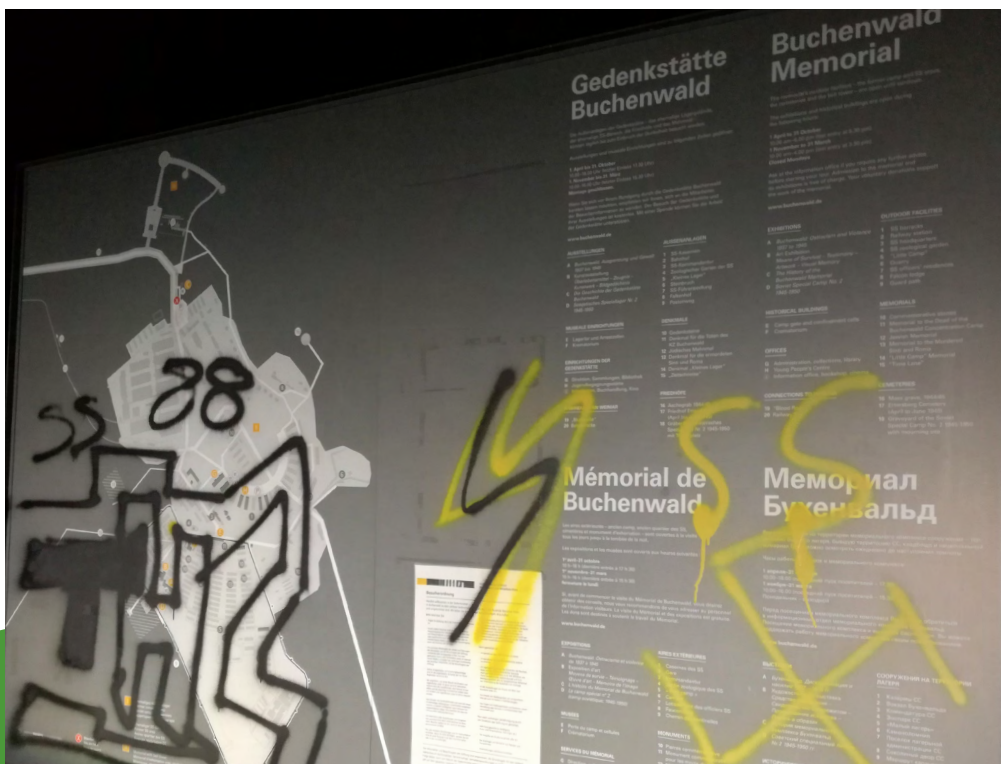
Bereits 2021 kam es vor dem Hintergrund der Corona-Politik zu einer von Rechtsextremen orchestrierten Welle von Anfeindungen: Die Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora bekamen über 400 Hassmails, von denen gut ein Fünftel als antisemitisch dokumentiert wurden. Die Beschädigungen und Zerstörungen der Gedenkbäume eröffneten 2022 allerdings eine neue Dimension von Hass und riefen deutschlandweit große Bestürzung hervor. Die Vorfälle stellen zuvorderst eine erneute Demütigung und Verhöhnung der Opfer der NS-Massenverbrechen dar. Darüber hinaus sind sie als direkte Angriffe auf die Erinnerungskultur zu werten. Durch die nationale und internationale Bedeutsamkeit der betroffenen Gedenkstätten beschränken sich diese Provokationen nicht auf das Bundesland Thüringen, sondern können als Angriffe auf die deutsche Erinnerungskultur in ihrer Gesamtheit aufgefasst werden.

Zugleich kam es auch im Jahr 2022 an den Gedenkstätten zu weniger aufsehenerregenden, aber nicht minder problematischen Fällen von Schmierereien und Ritzereien:

Weimar, 27. Oktober 2022

Auf dem Gelände der Gedenkstätte Buchenwald werden Schilder und Tafeln mit Hakenkreuzen, SS-Runen, dem Zahlencode 88 und der Abkürzung THS („Thüringer Heimatschutz“) beschmiert. Der Zahlencode 88 steht für die Anfangsbuchstaben der Worte „Heil Hitler“. Der „Thüringer Heimatschutz“ war ein Mitte der 1990er-Jahre gegründeter Zusammenschluss rechtsextremer Gruppen in Thüringen, aus dem später der rechtsterroristische „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU) hervorging.

Kategorie: gezielte Sachbeschädigung, Post-Shoah-Antisemitismus(7)



Weimar, 21. Oktober 2022

Auf dem „Gedenkweg Buchenwaldbahn“ wird an einem Baum ein eingeritztes Hakenkreuz vorgefunden.

Kategorie: gezielte Sachbeschädigung, Post-Shoah-Antisemitismus

Die geschilderten Vorfälle zeigen: Post-Shoah-Antisemitismus schlägt sich in Thüringen in sehr unterschiedlichen Formen nieder. Fälle dieser Art finden sich im ganzen Bundesland und lassen sich, wie gezeigt wurde, vermehrt im rechtsextremen Milieu verorten. Gedenkstätten und -orte sind dabei besonders oft Angriffsziele, wie die Beschädigung der Gedenkbäume im Sommer 2022 offenbart.

Dabei darf nicht vernachlässigt werden, dass auch Post-Shoah-Antisemitismus keinesfalls nur von Rechtsextremen geäußert wird. Er mag zwar sowohl historisch als auch aktuell im Kontext rechtsextremer Ideologien und Strukturen stehen, ist aber für alle politischen Lager besonders anschlussfähig. Dies zeigt sich vor allem in den Debatten um die Erinnerungskultur und die Vergleichbarkeit der Shoah, die unter anderem von Impfgegner*innen und andere „Kritiker*innen“ der Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie immer wieder neu angeheizt werden. Vorfälle wie das Absägen der Gedenkbäume sollten daher nicht nur bedenklich stimmen. Sie machen aktives Handeln dringend erforderlich.



Schwerpunkt: moderner Antisemitismus im Kontext der aktuellen Krisenmobilisierung

Wie schon die Jahre zuvor war 2022 ein von Krisen geprägtes Jahr. Noch während die Covid-19-Pandemie das Tagesgeschehen in Deutschland bestimmte, initiierte Wladimir Putin einen groß angelegten militärischen Angriff auf die Ukraine. In der Folge trat im Kontext der bereits bestehenden Krisenmobilisierung das Thema Covid-19 im Laufe des Jahres in den Hintergrund. Seit dem Frühjahr 2022 rückten stattdessen auf Demonstrationen und Kundgebungen der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie die damit verbundene Energiekrise und der Diskurs um die Klimapolitik der Bundesregierung in den Mittelpunkt. Hier zeigt sich einmal mehr, dass Antisemitismus in der von rechtsextremen und rechtspopulistischen Kräften befeuerten Krisenmobilisierung weit verbreitet ist. Er manifestiert sich in diesen Kontexten nicht nur im (in der vorangehenden Analyse besprochenen) Post-Shoah-Antisemitismus, sondern ist zentraler struktureller Bestandteil mannigfaltiger Verschwörungsmymen. Mit den zahlreichen Verschwörungsnarrativen schaffen die entsprechenden Akteur*innen einfache Erklärungen für komplexe Problemlagen. Gleichzeitig werden unterschiedliche Themenkomplexe durch verschwörungsideologische Erzählungen miteinander verbunden.⁵

Im Laufe des Jahres 2022 wurde in diesem Zusammenhang eine enorme Zunahme der Fälle von modernem Antisemitismus dokumentiert. 206 der 243 gemeldeten Vorfälle wurden dieser Erscheinungsform von Antisemitismus zugeordnet, bei 193 wurde ein politisch-weltanschaulicher Hintergrund aus einem verschwörungsideologischen Spektrum dokumentiert. Hier war es im Gegensatz zu rechtsextremen Ideologien möglich, in einer ungleich höheren Anzahl von Fällen den politisch-weltanschaulichen Hintergrund festzustellen. Diese Tatsache begründet sich

5 Vgl. Klinker, Fabian/Marschner, Noah/Patz, Janine/Richter, Christoph: „Frieden statt ‚GRÜN‘!“ Rechte Instrumentalisierungen des Ukraine-Krieges gegen Klimapolitik und Energiewende bei Twitter, IDZ-Kurz-analyse, Jena 2022.

unter anderem darin, dass Fälle von modernem Antisemitismus häufiger in Äußerungsformen stattfanden (etwa in E-Mails und auf Kundgebungen), die konkrete Rückschlüsse auf den ideologischen Hintergrund der Verursacher*innen zulassen.

Von einschlägigen Versammlungen und Demonstrationen wurden in 45 % der an RIAS Thüringen gemeldeten antisemitischen Vorfälle Bezüge zur Pandemie oder zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine beobachtet.

Die Massenzuschriften enthielten sämtlich, also zu 100%, Bezüge zu diesen Themen und konnten alle einem verschwörungsideologischen Hintergrund zugeordnet werden. Gleichzeitig wurden sowohl bei Versammlungen als auch Massenzuschriften hauptsächlich die folgenden verschwörungstheoretischen und antiamerikanischen Erzählungen bzw. Chiffren registriert: „Great Reset“ bzw. „großer Austausch“, der „Morgenthau-Plan“, die Metapher des Marionettenspieler*innen bzw. der gelenkten Marionetten, Handpuppen oder Handlanger, das (antisemitische) Stereotyp des „Lügners“, die Nennung jüdischer Personen wie George Soros, George Friedman oder Wolodymyr Selenskyj sowie Begriffe wie „Globalisten“, „Hochfinanz“ oder „Tiefer Staat“. Im Kontext der gemeldeten Vorfälle wurden sie als antisemitische Chiffren klassifiziert. Antisemitismus überschneidet sich hier zum Teil mit Antiamerikanismus, weil sich in einschlägigen Verschwörungserzählungen die Vorstellung einer ökonomischen und politischen Allmacht häufig sowohl auf Jüdinnen*Juden als auch auf die USA bezieht.⁶

Derartige Vorfälle wurden im Verlauf des gesamten Jahres dokumentiert, wobei RIAS Thüringen im November 2022 im Schnitt mehr Vorfalle Meldungen von Demonstrationen und Kundgebungen erreichten. Hintergrund war vermutlich der viel beschworene „Heiße Herbst“, der gerade im rechtsextremen Spektrum mit vermehrten Bemühungen zur Krisenmobilisierung einherging, wengleich die befürchteten Ausschreitungen ausblieben.

⁶ Vgl. Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): *deconstruct antisemitism! Antisemitische Codes und Metaphern erkennen*, Berlin (o.J.).

Gera, 7. November 2022

Auf einem „Spaziergang“ wird ein Schild mit dem Titelmotiv einer Ausgabe des rechtsextremen Compact-Magazins sichtbar mitgeführt. Auf dem Schild ist ein Bild des deutschen Wirtschaftsministers Robert Habeck mit dem Schriftzug „Der Kaltmacher – Morgenthau williger Vollstrecker“ zu sehen.

Kategorien: verletzendes Verhalten, moderner Antisemitismus

Mit Morgenthau ist der ehemalige US-amerikanische Finanzminister Henry Morgenthau jr. (Amtszeit: 1934–1945) gemeint. Der sogenannte „Morgenthau-Plan“ war eine Idee zur Umwandlung Deutschlands in einen Agrarstaat, die Henry Morgenthau 1944 angesichts der absehbaren Kriegsniederlage Deutschlands entwarf, aber nie Widerhall in der US-amerikanischen Realpolitik fand. Noch von der NS-Propaganda wurde die Idee Morgenthaus, der selbst jüdisch war, zu einer groß angelegten jüdischen Verschwörung umgedeutet, deren Ziel die Versklavung des deutschen Volkes sei. Diese Erzählung ist bis heute Teil rechtsextremer Verschwörungsideologien. Im Kontext dieses Vorfalls wird damit in der Politik Robert Habecks ein Versuch imaginiert, Deutschland wirtschaftlich zu zerstören. Hier zeigen sich Strukturen, die sich in antisemitischen Verschwörungserzählungen in verschiedenen Abwandlungen immer wieder finden: geheime Machenschaften einer einflussreichen jüdischen oder jüdisch beeinflussten Elite, die Unheil über die Welt bzw. die Menschheit bringe. Diese Struktur ist auch in der Symbolik des „Marionettenspielers“ angelegt. Sie ist nicht neu und steht im Kontext der Vorstellung, dass Jüdinnen*Juden im Hintergrund wie Puppenspieler die Fäden zögen. Dabei werden ihnen schon in den frühesten Ursprüngen des Antisemitismus hinterhältige Charaktereigenschaften unterstellt, die häufig im Begriff des „Lügners“ zusammengefasst sind.



Meiningen, 19. November 2022

Beim „großen Spaziergang für Frieden, Freiheit und Souveränität“ tragen Teilnehmer*innen ein Transparent, auf dem führende deutsche Politiker*innen wie Olaf Scholz, Robert Habeck und Annalena Baerbock zu sehen sind. Darüber steht „AUFHEBUNG DER VERBRECHEN GEGEN DAS VOLK JETZT!!!“ und darunter „AUFHEBUNG DER POLITISCHEN IMMUNITÄT – ANKLAGE DER SCHULDIGEN“. Neben dem Foto der Politiker*innen ist eine Marionettenspielerhand mit einem Spielkreuz abgebildet, darunter steht: „Die Lügner“. Den abgebildeten deutschen Politiker*innen wird so unterstellt, sie seien von einer geheimen Macht gesteuert und hätten sich Verbrechen gegen die Bevölkerung schuldig gemacht.

Mehrere Teilnehmer*innen tragen außerdem Fahnen und Plakate der rechtsextremen und rechtspopulistischen Gruppierungen „Freie Sachsen“, „Freies Thüringen“ und der AfD.

Kategorie: verletzendes Verhalten, moderner Antisemitismus

Erfurt, 12. November 2022

Mehrere rechtsextreme und rechtspopulistische Gruppierungen – darunter die „Freien Sachsen“, „Freies Thüringen“ und die AfD – mobilisieren zu einer Kundgebung in der Innenstadt. Es werden mehrere Reden gehalten, in denen von „Marionetten“, „Hochfinanz“ und „Globalisten“ gesprochen wird.

Kategorie: verletzendes Verhalten, moderner Antisemitismus

Die Begriffe „Hochfinanz“ und „Globalisten“ sind geläufige Chiffren in verschwörungsideologischen und rechtsextremen Kontexten. Es handelt sich hierbei um eine Umwegkommunikation: Indem eindeutig antisemitische Begriffe wie „internationales Finanzjudentum“ oder „Weltjudentum“ aus der NS-Propaganda vermieden werden, versucht man den antisemitischen Gehalt der eigenen Äußerungen zu verschleiern. Tatsächlich steht hinter all diesen Begriffen aber die Vorstellung, Juden beherrschten die internationale Finanzwelt und seien so in der Lage, Politik und Gesellschaft wie Marionettenspieler aus dem Hintergrund zu steuern. Daran angelehnt ist auch „The Great Reset“. Der Name bezeichnet eine Verschwörungserzählung, die im Kontext der Covid-19-Pandemie entstanden ist. Ursprünglich handelte es sich bei der Bezeichnung um ein von Klaus Schwab entworfenes Konzept zur Umsetzung einer nachhaltigeren Wirtschaft nach dem Ende der Covid-19-Pandemie. Die Verschwörungserzählung imaginiert allerdings, dass eine geheime Finanzelite die Pandemie bewusst herbeigeführt habe, um in ihrem Nachgang die Macht der großen Konzerne massiv zu erweitern. Als Chiffre für die antisemitische Vorstellung vom „Weltjudentum“ oder vom „internationalen Finanzjudentum“ werden häufig George Soros, ein jüdisch-amerikanischer Unternehmer und Philanthrop, oder andere prominente jüdische Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik in die Erzählungen eingebunden. Dass es häufig die Namen US-amerikanischer Jüdinnen*Juden sind, die als Chiffren genutzt werden, ist kein Zufall. Antiamerikanismus und Antisemitismus sind auch deswegen strukturell verschränkt, weil die USA oftmals, ebenso wie Jüdinnen*Juden, als negativer Inbegriff des Kapitalismus gesehen werden und behauptet wird, dass Jüdinnen*Juden die USA wirtschaftlich und politisch kontrollieren würden.

Eisenach, 29. August 2022

Bei einem Demonstrationszug durch die Eisenacher Innenstadt unter Beteiligung der rechtsextremen und rechtspopulistischen Gruppierungen „Freie Sachsen“, „Freies Thüringen“ und der AfD gegen die Politik der „Ampel-Regierung“ tragen Teilnehmer*innen ein Transparent mit einem Bild, das Bill Gates, Jens Spahn, Angela Merkel, George Soros und Klaus Schwab zeigt. Darüber steht: „DEMNÄCHST AUCH IN DEINER REALITÄT...!?!“, darunter: „SIE WOLLEN DEN GREAT RESET – GEBEN WIR IHNEN DAS GROBE ERWACHEN!“. Die abgebildeten Personen werden hier als Drahtzieher dargestellt, wobei die Abbildung von George Soros den antisemitischen Gehalt des Plakats verdeutlicht.

Kategorie: verletzendes Verhalten, moderner Antisemitismus

Gera, 21. November 2022

Auf einer Demonstration der Gruppierung „Miteinanderstadt Gera“ ist ein Schild zu sehen, auf dem der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj abgebildet ist. Darüber steht der Satz: „Kein Geld für Handlanger der USA“. Selenskyj ist wegen seiner jüdischen Identität immer wieder antisemitischen Anfeindungen ausgesetzt. Auf diesem Plakat wird er als bucklige Figur dargestellt, die die Hand unter einen Geldregen hält. Damit werden typische Merkmale antisemitischer Karikaturen aufgenommen und ein Bezug zum antisemitischen Stereotyp des „geldgierigen Juden“ hergestellt. Gleichzeitig wird mit der Formulierung „Handlanger der USA“ ein Komplott zwischen den USA und der Ukraine gegen Russland imaginiert, das in seiner Struktur erneut die Vorstellung einer Intrige politischer Eliten beinhaltet.

Kategorie: verletzendes Verhalten, moderner Antisemitismus



▲
Eisenach,
29. August 2022

Gera,
21. November 2022
▼



Die verschwörungsideologische „Galerie des Grauens“ wurde im Herbst 2022 in mehreren Thüringer Städten ausgestellt, darunter in Gera, Weimar und Arnstadt. Wegen ihrer antisemitischen und verschwörungsideologischen Inhalte wurde die Ausstellung bereits in zahlreichen deutschen Städten verboten. RIAS Thüringen erhielt entsprechende Vorfalle Meldungen.

Dabei konnten deutliche Anschlüsse an die Verschwörungstheorie von einer „Großen Umvolkung“ oder einem „Großen Austausch“ (engl.: Great Replacement) dokumentiert werden, die eine ähnliche Struktur wie die des „Great Reset“-Narrativs aufweist: Global agierende Eliten hätten bewusst eine Pandemie ausgelöst, um durch die Krankheit oder durch die Schutzimpfungen Menschen zu vernichten und die Bevölkerung nach eigenen Vorstellungen zu selektieren. Unterstellt werden beispielsweise Pläne zur „Vernichtung“ des „deutschen Volkes“ als „Ethnie“ und dessen „Ersetzung“ durch Menschen mit Migrationsgeschichte. Auch diese verschwörungsideologischen und rassistischen Erzählungen sind vor allem in rechtsextremen Kreisen verbreitet und werden von diesen kolportiert.

Erfurt, 29. Oktober 2022

Im Stadtzentrum wird vor einem großen Kaufhaus die sogenannte „Galerie des Grauens“ gezeigt – eine Sammlung von mutmaßlich gefälschten Berichten über angeblich Tausende von Impftoten weltweit als Konsequenz der Covid-19-Pandemie und den neu eingeführten Impfstoffen. Hier zeigt sich eine komplexe Verbindung aus Post-Shoah-Antisemitismus und modernem Antisemitismus. Auf einem dieser Plakate findet sich die Überschrift „Der Tod ist wieder ein Meister aus Deutschland“. Abgewandelt zitiert wird damit der Vers „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“ aus dem Gedicht „Todesfuge“ des jüdischen Autors Paul Celan. Das Gedicht ist einer der bekanntesten literarischen Texte über die Shoah und der betreffende Vers wurde zum Inbegriff der künstlerischen Auseinandersetzung mit Auschwitz. Auf weiteren Plakaten werden mögliche Nebenwirkungen einer Schutzimpfung mit der Shoah gleichgesetzt. Ein Holzkreuz trägt die folgende Aufschrift: „In Erinnerung an die Impftoten, die von den Ärzten, den Medien und der Politik



verschwiegen werden.“ Auf einem anderen Plakat wird Israel als „Labor der Welt“ bezeichnet und die Frage aufgeworfen, ob es sich nicht viel mehr um ein „Menschenlabor“ handele. Der Begriff „Menschenlabor“ spielt dabei auf die medizinischen Experimente an Häftlingen in den Konzentrationslagern der Nationalsozialist*innen an. Durch derartige sprachliche Wendungen, die an typische Formulierungen im Kontext der Shoah angelehnt oder mit der Erinnerungskultur assoziiert sind, wird die Pandemie und die Impfkampagne mit den NS-Massenverbrechen gleichgesetzt. Gleichzeitig wird Israel hier als vermeintlicher „Täter“ dargestellt. Auf anderen Plakaten finden sich Aufschriften wie „Es ist wirklich wahr: Sie wissen, dass sie die Babys umbringen! [...] Hände weg von unseren Kindern“, „Ex-Vize-Präsident von Pfizer enthüllt: GEPLANTE ENTVÖLKERUNG DURCH IMPFAGENDA“ und „Ich bin kein Vieh der Pharma-Industrie“. Das US-amerikanische Pharma-Unternehmen Pfizer wird in Verschwörungsnarrativen immer wieder als ein im Zuge der Pandemie kriminell agierender globaler Konzern dargestellt, hier verbunden mit der Vorstellung vom „Großen Austausch“. Mit den sprachlichen Bildern von getöteten Kindern wird das antisemitische Stereotyp des „Juden als Kindermörders“ bzw. die mittelalterliche Ritualmordlegende aufgerufen.

Kategorie: verletzendes Verhalten, moderner Antisemitismus, Post-Shoah-Antisemitismus

Die Rolle einer treibenden Kraft für die Krisenmobilisierung und die Verbreitung von modernem Antisemitismus kommt in Thüringen in besonderer Weise der AfD zu, die im Bundesland vergleichsweise hohe Zustimmungswerte hat. Der Landesvorsitzende Björn Höcke ist eine für Thüringen zentrale Figur an der Schnittstelle zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. AfD-Orts- und Kreisverbände gehören einerseits häufig zu den (Mit-)Initiatoren von einschlägigen Demonstrationen und Kundgebungen, in deren Rahmen es zu antisemitischen Vorfällen kommt. Andererseits kolportieren führende Thüringer AfD-Politiker*innen regelmäßig selbst antisemitische Inhalte in Form von Verschwörungserzählungen und Chiffren. Beispielhaft sollen hier zwei Vorfälle vorgestellt werden, die verdeutlichen, dass antisemitische Erzählungen und Codes wiederkehrende, typische Elemente der Ideologie der Thüringer AfD sind. Diese werden sowohl von deren Vertreter*innen als auch von Teilnehmer*innen bei Kundgebungen der Partei sowie in anderen öffentlichen Kontexten verbreitet.



Erfurt, 2. Februar 2022

Während der Plenarsitzung im Thüringer Landtag äußert sich ein*e AfD-Landtagsabgeordnete*r in seiner Rede zur Covid-19-Pandemie und zur Corona-Schutzimpfung:

„[...] ‚Great Reset‘, große Transformation, sind das wirklich nur Hirngespinnste oder exekutieren Sie, sehr geehrte Kollegen von den Kartellparteien, wenn auch wahrscheinlich überwiegend unwissend, diese Strategie hier mit? [...] Wir müssen mittlerweile von Tausenden Menschen ausgehen, die mit mRNA-Impfstoff totgespritzt wurden, erschreckend viele junge Menschen sind darunter. Zur geplanten Impfpflicht möchte ich an dieser Stelle folgendes zusammenfassen: Eine Impfpflicht, sehr geehrte Kollegen, gegen eine Krankheit, die für mehr als 99% der Bevölkerung keine Bedrohung darstellt, mit einem Impfstoff, der [...] bereits dokumentierte ungewöhnlich viele Nebenwirkungen hat, ist ganz klar verfassungswidrig. Dieser Eingriff in die körperliche Unversehrtheit ist – und das möchte ich betonen – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der verbrecherischen Menschenversuche im Dritten Reich ein historischer Tabubruch.“

Bei der Nennung des Begriffs „Great Reset“ gibt es einen kurzen Zwischenruf von einer*einem Abgeordneten einer anderen Partei. Nach der Behauptung, dass Tausende Menschen an der Impfung gestorben seien, kommt es zu Unruhe in den Reihen der anderen Landtagsfraktionen. Abgeordnete dieser Fraktionen nehmen in anschließenden Redebeiträgen kritische Einordnungen vor.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, Post-Shoah-Antisemitismus, moderner Antisemitismus

Ilmtal-Weinstraße, 6. Juli 2022

Während einer Rede auf dem Landesparteitag in einem Hotel im Ortsteil Pfiffelbach äußert sich ein*e AfD-Abgeordnete*r zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie zur Rolle von Bundesregierung und USA in diesem Konflikt:

„Das sind die Statthalter des globalistischen Regimes, das sind die Handlanger der imperialen US-Strategie [...]“ „[...] die bundesdeutsche Elite, die eine fremdgesteuerte Elite ist, eine unterwanderte Elite ist, vielleicht sogar eine bestochene Elite ist, eine korrumpierte Elite ist [...]. Diese Elite macht keine Politik für Deutschland, weil sie das gar nicht soll, weil ihr Auftrag ein ganz anderer ist. Sie benutzt ihre Macht, um die Ohnmacht Deutschlands noch zu erhöhen. [...] Was wir brauchen, ist eine politische Elite mit innerer Souveränität, aber wir Deutschen werden leider immer noch von globalistischen und fremdbestimmten Hand- und Sprechpuppen regiert.“ „Wir kämpfen als AfD als einzige relevante Partei in der Bundesrepublik Deutschland gegen die Kriegstreiberei der Globalisten.“

Es werden außerdem Begriffe wie „Tiefen-Staat“ und „Transhumanismus-Ansatz“ verwendet. Darüber hinaus wird auf den jüdisch-amerikanischen Geostrategen George Friedman Bezug genommen, der Ende der 1990er-Jahre bereits die langfristige Strategie der USA, eine Zusammenarbeit zwischen Russland und Deutschland zu verhindern, offengelegt habe.

Kategorie: verletzendes Verhalten, moderner Antisemitismus

In auffälliger Weise enthalten die Redeanteile der*des AfD-Abgeordneten Äußerungen, die als Ausdrucksformen des modernen Antisemitismus und des Post-Shoah-Antisemitismus eingeordnet werden müssen. Dass sie nicht nur in „Bierzeltreden“ oder „am Stammtisch“, sondern auch im Thüringer Landtag geäußert werden, unterstreicht, wie präsent und alltäglich derartige antisemitische und verschwörungsideologische Inhalte in Thüringen (geworden) sind. Gerade solche Versuche, antisemitische Chiffren und Erzählungen in der Öffentlichkeit weiter zu normalisieren, stellen eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die Demokratie dar. Daher muss den entsprechenden Äußerungen – wie jeglichen Formen des Antisemitismus – in

Zukunft noch entschiedener als bisher entgegengetreten werden. Im Hinblick auf die hier vorgestellten virulenten Erscheinungsformen des Antisemitismus in Thüringen müssen die Effekte, die die Aktivitäten der AfD und ihres Umfelds im Bundesland haben, kontinuierlich in den Blick genommen werden. Eine Gewöhnung an antisemitische Vorfälle – unabhängig davon, wo und wie häufig sie sich ereignen – steht dem im Weg und darf keinesfalls eintreten.



Antisemitismus melden!

Wenden Sie sich an uns, wenn Sie von Antisemitismus betroffen oder Zeug*in von antisemitischen Vorfällen sind.

Wir arbeiten vertraulich, anonymisierend und parteilich.

Report Antisemitism!

Contact us if you are affected by antisemitism or are a witness to antisemitic incidents!

Our service is confidential, anonymizing, and we stand unequivocally at the side of those affected.

Сообщите об антисемитском инциденте!

Свяжитесь с нами, если Вы столкнулись с антисемитизмом или являетесь свидетелем антисемитских инцидентов!

Наша работа конфиденциальна, анонимна и мы на стороне потерпевших.

Jederzeit können Sie Ihre Erfahrungen und Beobachtungen antisemitischer Vorfälle über die Meldeseite **rias-thuringen.de** oder per E-Mail an **info@rias-thuringen.de** oder an die Mobilnummer **0176 / 71 213 004** mitteilen.

 facebook.com/RIASThuringen

 instagram.com/rias.thuringen

You can share your experiences and observations of anti-Semitic incidents via the reporting site **rias-thuringen.de** or by e-mail to **info@rias-thuringen.de** or to the mobile number **0176 / 71 213 004**

 facebook.com/RIASThuringen

 instagram.com/rias.thuringen

Вы можете поделиться своим опытом и наблюдениями о антисемитских инцидентах на сайте **rias-thuringen.de** или по электронной почте **info@rias-thuringen.de** или на мобильный номер **0176 / 71 213 004**

 facebook.com/RIASThuringen

 instagram.com/rias.thuringen

Unsere Angebote

- ▶ Vertrauliche Annahme von Meldungen antisemitischer Vorfälle
- ▶ Unterstützung bei Anzeigenstellung
- ▶ Vermittlung von weitergehenden Unterstützungsangeboten (psychologisch, juristisch, politisch sowie Betroffenenberatung)
- ▶ Beratung bei der Planung von Projekten und Veranstaltungen zur Antisemitismusprävention
- ▶ Auskünfte über antisemitische Ausdrucksformen, Gruppen, Ereignisse etc.



**AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG**